

ALTGLIENICKEAKTUELL

Zeitschrift für Veränderung

August 2016
kostenlos



Tempohome im Kosmosviertel

Interview: Cabuwazi – Zirkusprojekt für Kinder und Jugendliche

Bürgerinitiativen ohne NPD – und dennoch gefährlich

Alex, Zirkus Cabuwazi

»Lernt die neuen Leute, unsere neuen Nachbar*innen kennen. Seid offen für die Geschenke, die sie mitbringen.«

Ramona, Altglienicke hilft!

»Wir glauben fest daran, dass ein solidarisches Miteinander möglich ist.«

Jana Sophia, Outreach Team Altglienicke

»Egal ob geflüchtet oder hier geboren – wir arbeiten mit Jugendlichen. Und zwar mit allen.«

Tempohome - Was ist das?

Im vergangenen Jahr sind wieder viele Menschen nach Berlin gekommen, die aus ihren Heimatländern fliehen mussten. Die menschenwürdige Unterbringung dieser Menschen klappte nicht, die bestehenden Lager und Notaufnahmeeinrichtungen waren überbelegt.

Dabei war die Situation vorhersehbar, denn die Einrichtungen stießen schon vorher an ihre Grenzen. So fingen die Planungen viel zu spät an. Schließlich begann der Berliner Senat aus Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten damit, Gebäude zu beschlagnahmen um sie zu Unterkünften zu machen. Dazu gehörten vor allem Turnhallen, was die örtlichen Sportvereine meist wenig erfreute, da sie die Planungsprobleme des Senates ausbaden müssen. Viele waren aber auch begeistert, den neuen Nachbar*innen helfen zu können. Denn das Leben in den Turnhallen bedeutet für die Bewohner*innen ständigen Stress und vorprogrammierte Konflikte: Es gibt kaum Privatsphäre, keine eigenen Zimmer, sondern notdürftig abgetrennte Bereiche. Die Turnhallen sind Notunterkünfte, in denen die Menschen nur wenige Wochen leben sollen bis sie in eine richtige Unterkunft umziehen. Mit dem kurzen Aufenthalt werden die niedrigen Standards begründet, die eine solche Notunterkunft erfüllen muss. Dies betrifft beispielsweise die Größe der Zimmer, die Anzahl der Toiletten oder die Spielmöglichkeiten für Kinder. Tatsächlich müssen Geflüchtete oft monatelang in solchen mangelhaft ausgestatteten Gebäuden leben. Es gibt viel zu wenige Sanitäranlagen, Küchen – und Orte zum Wasche waschen müssen improvisiert werden. Da nicht die Betreiber*innen, sondern das LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales – jetzt neu: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, kurz LAF) das Hausrecht hat, muss jeder Umbau auf bürokratischen Wegen aufwendig genehmigt werden. Daher kann oft monatelang keine Wäsche gewaschen werden. Hier leisten lokale Hilfsinitiativen durch Spenden die Arbeit, für die eigentlich der Senat und das LAF verantwortlich sind. Die Hilfsbereitschaft vieler Anwohner*innen beispielsweise an der Turnhalle in der Glienicker Straße (Köpenick) zeigt, wie die Situation für die Menschen durch Engagement verbessert werden kann.

Es gibt aber noch mehr an dieser Unterbringungspolitik zu kritisieren, die sich am bestehenden Lagersystem orientiert. Die Menschen werden durch das Leben in Lagern von der Gesellschaft isoliert und stigmatisiert. Sie werden erst recht zu „Fremden“ gemacht, die nicht wie „wir“ in Wohnungen leben dürfen. Ein Austausch mit den neuen Nachbar*innen wird so erschwert. Sie werden dadurch leichter zur Zielscheibe des Hasses von Rassist*innen und gewalttätigen Rechten. Die über 1.000 Angriffe auf Unterkünfte (davon mindestens 126 Brandanschläge) im letzten Jahr machen das deutlich.



Seit kurzem eröffnet: Das Tempohome in Altglienicke.

Eine Lösung des Unterbringungs-Problems wäre die dezentrale Verteilung auf Wohnungen, unterstützt durch die massenhafte Beschlagnehmung von Ferienwohnungen. Dies wäre sogar billiger als die Unterbringung in Lagern, denn es bräuchte keine privaten Betreiberfirmen, die sich mit überbelegten Pauschalen an der Unterbringung bereichern. In Baden-Württemberg bekommen private Betreiber*innen so 1.400 Euro pro Person und Monat – was die Bewohner*innen von dem Geld sehen, bleibt unklar. Eigenes Geld würde den Menschen auch ein Stück Würde und gesellschaftliche Teilhabe zurückgeben. Da Geflüchtete erst nach neun Monaten arbeiten dürfen, müssen sie oft einen ganzen Tag am LAF für ihr Taschengeld anstehen.

Der Senat entschied sich dafür, überall in Berlin Containerbauten zu errichten, um den Auszug aus den Turnhallen in Dauerunterkünfte zu beschleunigen. Denn der Vorteil der Tempohomes ist ihre kurze Bauzeit. Die Bauten sollen nur für drei Jahre errichtet und dann wieder abgebaut werden. Trotzdem verzögerte sich der Bau durch ein Organisationschaos des Senats, der schließlich sogar die Unternehmensberatung McKinsey beauftragte, das Problem zu lösen.

Für den Bau ist die landeseigene Berliner Immobiliengesellschaft (BIM) zuständig. An 30 Standorten werden MUF's (Modulare Bauten) und Tempohomes aus Containern für insgesamt 15.000 Menschen errichtet. Die Tempohomes bestehen aus zusammengesetzten Containern. An jedem Standort sollen 500 Personen in 8 Gebäuden leben. Pro Wohngebäude ergibt das acht Wohngruppen für jeweils vier bis acht Personen. Jede Wohngruppe soll eine eigene

Sanitäranlage und Küche erhalten. An jedem Standort soll auch ein Verwaltungs- und Versorgungsgebäude errichtet werden. Dieses soll Kinderspielzimmer und Schularbeitszimmer haben sowie Räume für Büros, Beratung, PC-Nutzung und die Hausmeister*inkammer bereitstellen.

Auch diese Art der Unterbringung ist alles andere als optimal, denn sie ändert nichts am bestehenden Lagersystem. Sie ist aber allemal besser als das Leben in Turnhallen.

Die bestehenden Containerunterkünfte im Allendeviertel zeigen, wie durch eine engagierte Nachbarschaft ein für alle bereicherndes und solidarisches Zusammenleben möglich sein kann. Die Gruselmärchen der dortigen „Nein-zum-Heim“-Initiativen über eine Steigerung der Kriminalität und Terrorismus erwiesen sich jedenfalls als Nonsense. Lasst uns auch in Altglienicke das Beste für alle aus der Situation machen und die neuen Nachbar*innen willkommen heißen!

IMPRESSUM

Altglienicke Aktuell ist ein gemeinsames Projekt von antirassistischen und antifaschistischen Menschen aus Berlin-Altglienicke.

Herausgeberin
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köpenick e.V.
Puchanstraße 12, 12555 Berlin
www.bda-koepenick.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.)

U. Meiser,
Puchanstraße 12, 12555 Berlin

Bildredaktion

Theo Schneider

Kontakt

kontakt@bda-koepenick.de

Satz & Gestaltung

Florian Hirsch Projektarbeit

Druck

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 13.500 Exemplare

Hinweis

Altglienicke Aktuell erscheint als Beilage im „Berliner Abendblatt“ und dient ausschließlich zu Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich

die Autor*innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des VVN-BdA Köpenick e.V. oder Autor*innen anderer Texte überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen. Die Verteiler*innen sind nicht identisch mit den Urheber*innen der Zeitung.

Genderschreibweise

Zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie aller weiteren Geschlechteridentitäten hat sich die Redaktion für die Verwendung des Sternchens („**“) entschieden.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Ihre Flucht – unsere Verantwortung

Zunächst sollte man eines wissen: Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Und anders, als gern angenommen, werden diese Waffen nicht nur an Rechtsstaaten geliefert. In fast jedem bewaffneten innerstaatlichen Konflikt auf der Welt tauchen deutsche Waffen auf.

Im Sudan töten jeden Tag deutsche Waffen Menschen im dortigen Bürgerkrieg. Mexikanische Bürgerwehren, die Polizei und Drogenkartelle leisten sich blutige Schießereien, unter anderem mit deutschen Sturmgewehren. Und nach Saudi-Arabien schicken deutsche Rüstungskonzerne Kampfpanzer. Mit denen wurden Proteste im Arabischen Frühling niedergeschlagen, zum Beispiel in Bahrain. Deutschland verdient an den Kriegen dieser Welt und sieht mit den vielen Geflüchteten nun die Folgen des eigenen Handelns.

Aber nicht nur die Läufe von Pistolen und Gewehren lassen viele Menschen die Flucht ergreifen, auch andere deutsche Exportschlager tragen dazu bei. So ist Deutschland führend im Export von Überwachungstechnik, mit der Diktatoren ihre Bürger*innen ausspionieren und verfolgen.

Und auch in ökonomischer Hinsicht ist Deutschland auf internationaler Ebene dafür mitverantwortlich, dass Menschen nichts anderes übrig bleibt, als ihre Heimat zu verlassen. Deutschland ist die mächtigste Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union und zwingt in dieser Funktion Entwicklungsstaaten einseitige Handelsbarrieren im Lebensmittelbereich auf. Üppige Agrarsubventionen in der EU führen zu einer übermäßigen Milchproduktion. Überschüsse werden zu Milchpulver für den Ex-

port umgewandelt. Damit wird dann massiv der afrikanische Markt überschwemmt. Durch die Subventionen sind die Preise für dieses Milchpulver so niedrig, dass es für afrikanische Landwirt*innen so gut wie unmöglich ist, zu gleichen oder niedrigeren Preisen Milch anzubieten. Die Folge ist, dass sie keine Möglichkeit haben, unter ökonomischen Bedingungen zu produzieren und die erwirtschafteten Produkte dann auch zu verkaufen. Trotz fehlender Produktionseinnahmen sind afrikanische Landwirt*innen gezwungen, das stark subventionierte Milchpulver aus EU-Staaten zu erwerben. Der afrikanische Markt wird hier mit aggressiven Mitteln unterdrückt und klein gehalten. Zusätzlich fischen europäische Fangschiffe die afrikanischen Küsten leer und rauben dadurch weiteren Menschen ihrer Lebensgrundlage. Der Wohlstand Deutschlands basiert also zu großen Teilen auf der Ausbeutung der Herkunftsländer von Geflüchteten.

DER EU-TÜRKEI-DEAL VERSTÖSST GEGEN INTERNATIONALES RECHT

Nicht unerwähnt darf der Deal zwischen der EU und dem türkischen Präsidenten und Mächtigen Erdogan bleiben. Die Türkei will die visafreie Einreise in die EU für türkische Bürger*innen sowie 6 Milliarden Euro zur Versorgung der aufgehal-

tenen Geflüchteten. Dafür verspricht sie, keine Menschen mehr in die EU zu lassen. Wer es trotzdem mit dem Boot nach Griechenland schafft, soll ohne einen Asylantrag zu stellen in die Türkei abgeschoben werden. Das ist ein Verstoß gegen das internationale Völkerrecht.

Erdogan, der gerade eine Präsidentschaftsdiktatur mit islamischer Prägung in der Türkei errichtet, beendete auch den Friedensprozess mit der kurdischen Bewegung und führt seitdem einen blutigen Vernichtungskrieg im Osten des Landes. Ganze Städte wurden dabei durch türkisches Militär zerstört, Panzer schossen in bewohnte Gebiete und Hunderte Zivilist*innen verbrannten in den Kellern von Cizire, in denen sie Schutz suchten. Die Geflüchteten aus Syrien werden in den mehrheitlich kurdischen Gebieten angesiedelt und Hunderttausende von ihnen sollen eingebürgert werden.

Sie könnten dann problemlos in die EU einreisen, was den Zweck des Deals für Merkel und Co. sabotieren würde.

Das Perfide an dem Deal ist die Rolle der Türkei im syrischen Bürgerkrieg, welcher der Hauptgrund für die aktuelle Fluchtbewegung ist. Denn die islamische AKP-Regierung ist trotz der wiederholten islamistischen Anschläge keine konsequente Gegnerin des IS. Dschihadist*innen aus Europa und der

ganzen Welt können ohne Probleme über die Türkei nach Syrien einreisen. Ein Journalist, der Beweise für Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an den ‚IS‘ veröffentlichte, sitzt jetzt für fünf Jahre im Gefängnis.

Sich dann über die Geflüchteten aufzuregen, ist mehr als zynisch. Statt die Schuld bei den Geflüchteten zu suchen, müssen endlich die Fluchtursachen angegangen werden. Mehr als markige Worte müssen nun Maßnahmen getätigt werden. Rüstungsexporte stoppen, keine subventionierten Agrarexporte mehr und vor allem die UN-Flüchtlingslager deutlich besser ausstatten. Menschen sollten nicht gezwungen sein, den weiten Weg nach Europa anzutreten. Sondern sie sollten ihren Wohnort frei wählen können, in Flüchtlingslagern nahe ihrer Heimat Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten.

Niemand verlässt ohne Zwang von heute auf morgen die eigene Heimat in eine ungewisse Zukunft.

Nur wenn die Fluchtursachen ehrlich bekämpft werden, müssen weniger Menschen fliehen. Lasst uns die Beweggründe der Flucht besser verstehen und gemeinsam mit den Geflüchteten die Missstände bekämpfen.

Geflüchtete sind Menschen wie wir, die sich ihre Not nicht selbst ausgesucht haben.

Lasst sie uns willkommen heißen.

Willkommen in Berlin?!

Zahlreiche Projekte in Berlin zeigen, wie lebendige Willkommenskultur aussehen kann.

Politisches Engagement ist wichtig. Wir müssen uns für eine wirkliche Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen, für eine menschenwürdige Asylpolitik in Deutschland streiten, uns gegen Nazis und Rassismus wehren. Doch es gibt auch noch eine weitere Ebene.

In diesen Zeiten geht es nicht nur um Politik. Sondern da kommen Menschen. Diesen Menschen hier ein neues Zuhause zu geben, vielleicht für kurze Zeit, vielleicht für immer, das ist die zweite große Aufgabe.

Geflüchtete leben oft isoliert, müssen ihre Vergangenheit verarbeiten und Perspektiven für die Zukunft entwickeln. Dabei können alle helfen. Die Isolation zu überwinden ist am wichtigsten. Wer Anschluss findet, Leute kennen lernt, sich wohl fühlt, meistert auch andere Probleme. Das ist es, was

wir als Willkommenskultur verstehen. Eine Atmosphäre, in der sich Menschen auf Augenhöhe begegnen und einander wertschätzen und unterstützen. Wir stellen einige Projekte vor, auch aus Treptow-Köpenick, die genau für eine solche Willkommenskultur stehen. Und wo es verdammt viel Spaß macht, einfach mal mitzumachen:

CHAMPIONS OHNE GRENZEN

Der Verein „Champions ohne Grenzen“ organisiert in Berlin und Brandenburg Integration durch Sport, insbesondere durch Fußball. In Kooperation mit lokalen Fußballvereinen werden Trainings für Kinder sowie Turniere und Freundschaftsspiele für Geflüchtete aller Geschlechter und aller Altersklassen organisiert. Auch in Treptow-Köpenick gibt es Integration durch Sport. Im AWO-Flüchtlingsheim in der Köpenicker Land-

straße gibt es ein eigenes Fußballteam. In Köpenick trainieren Geflüchtete in Kooperation mit dem Köpenicker SC. www.championsohnegrenzen.de

WELCOME DINNER

Essen verbindet Menschen. Das ist die Grundidee des WelcomeDinners. Bei einem Welcome Dinner besuchen Geflüchtete Berliner*innen zum gemeinsamen Essen, um sich kennen zu lernen und Grenzen zu überwinden. Über die Plattform können sich Gastgeber*in und Geflüchtete bewerben und werden dann nach Wunschdatum, Essgewohnheiten und Sprachkenntnissen zusammengebracht. Bei einem Abendessen in kleiner Runde können sich dann Gastgeber*innen und Geflüchtete unterhalten. Diese kleine Geste der Gastfreundschaft kann viel bewirken. www.welcomedinnerberlin.de

SOLIZIMMER-INITIATIVE BERLIN

Da sehr viele Geflüchtete und Migrant*innen aus finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Gründen oder aufgrund von rassistischen Diskriminierungen kaum eine Chance auf dem Berliner Wohnungsmarkt und somit keine dauerhafte Bleibe haben oder unter menschenunwürdigen Bedingungen jahrelang in Massenunterkünften leben müssen, organisiert und finanziert die Gruppe Soliwohnraum. Unterstützt werden kann die Solizimmer-Initiative finanziell oder durch Wohnraum, der zur Verfügung gestellt wird. Habt ihr ein Zimmer frei?

solizimmer-berlin@riseup.net
solizimmer.blogspot.de

Container, Turnhallen, Lager: Die gescheiterte Politik des Senats

Geflüchtete müssen dicht an dicht unter unwürdigen Bedingungen leben. Der Berliner Senat hat diesen Notstand bewusst provoziert.



Farbe kann nicht darüber hinwegtäuschen: Auch im „Containerdorf“ im Allendeviertel leben die Menschen meist isoliert.

In allen Berliner Bezirken werden seit 2012 immer größere Massenunterkünfte für Geflüchtete eröffnet. Alte Schulen und Turnhallen werden umfunktioniert, Jugendherbergen und Hostels in Gänge gebucht, Container- und Zeltlager errichtet. Seit Oktober 2015 werden auch Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof genutzt, mittlerweile müssen dort über 2.500 Menschen leben. Bett an Bett in der Halle oder im Mehrpersonen-Zimmer, Gemeinschaftstoiletten und -duschen, wenig Kontakt zu Anwohner*innen – wer will so zu Hunderten auf engstem Raum leben? Mittlerweile gibt es über 60 solcher Unterkünfte in Berlin und es sollen noch viele folgen.

NOTSTANDGESCHAFFEN

Es herrscht Notstand, meint der Berliner Senat. Deshalb muss für diese Menschen reichen, was für die meisten von uns undenkbar ist. Solche Auffanglager wie in den Tempelhof-Hangars kennen wir doch nur als Begleiterscheinung von Kriegen, Naturkatastrophen oder gesellschaftlichem Mangel. Aber hier?

Aktuell kommen weniger Geflüchtete nach Berlin. Im letzten Jahr waren es nach Angaben des LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) 55.000 Menschen. Von ihnen müssen immernoch 7.000 in Turnhallen hausen (Stand: Juli 2016) und 40.000 sind in Not- oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dabei hätten sie rechtlich die Möglichkeit nach sechs Monaten auszu-

ziehen und eine Wohnung zu suchen. Stattdessen müssen sie viele Monate, wenn nicht sogar Jahre in diesen Massenunterkünften verbringen. Denn billige Wohnungen sind knapp und an Geflüchtete wird ungern vermietet.

Der Senat zog sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurück und beklagt nun, dass es einen „angespannten Wohnungsmarkt“ gibt. Mietpreisbremse, Wohnungsneubau und die Nutzung von Leerstand wären schon lange nötig gewesen, werden aber erst jetzt angegangen. Derweil werden auf vom Land verschärbelten Grundstücken teure Eigentumswohnungen gebaut, die Mieten steigen rasant und bezahlbare Wohnungen werden hochsaniert. Wer aktiv billigen Wohnraum beseitigt, sollte nicht vom plötzlichen Notstand faseln!

DAS „LAGER-BUSINESS“

Lieber wird viel Geld in Massenunterkünfte und dubiose Betreiberfirmen gesteckt. Sie werden mit billigen Krediten, Investitionszuschlägen und Tagessätzen bis zu 50 Euro pro Bewohner*in belohnt. Ein erschreckendes Beispiel war die Unterbringung in der Turnhalle des FEZ im Bezirk. Im November 2015 wurden dort ca. 200 Menschen einquartiert. Bereits nach einem Monat kündigte die Heimleiterin und ging an die Presse. Sie beklagte die extrem schlechten Zustände: kaum Trinkwasser, zu wenig Essen, kein warmes Wasser, keine Hygieneartikel, keine medizinische Versorgung und Hausverbote für Ehrenamtliche. Kurz

danach gingen die Bewohner*innen in den Hungerstreik. Erst im Mai, sechs Monate später, kam das LaGeSo seiner Aufsichtspflicht nach und kündigte dem privaten Betreiber. Die Turnhalle und drei weitere Unterkünfte, vom selben Betreiber, wurden geräumt. Der zuständige Senator, Czaja (CDU), beschrieb „erhebliche Mängel bei der Betreuung“ und erklärte, die „hygienischen Zustände in den Turnhallen liessen es nicht länger zu“, diese weiter durch die Firma L.I.T.H.U. gGmbH betreiben zu lassen.

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Mit der Schaffung von sogenannten „Containerdörfern“ wurde im Jahr 2014 die Unterbringungssituation weiter verschlechtert. Die Menschen werden dort bewusst isoliert. Im Dezember 2014 wurde das erste Containerlager in Berlin-Köpenick (Allendeviertel) bezogen, seitdem kamen fünf weitere hinzu. Der Senat plant zusätzlich bis zu 60 „modulare Gebäude“ mit unterschiedlichem Standard zu errichten. Diese sollen wieder Massenunterkünfte mit bis zu 500 Bewohner*innen werden. Die Kosten sind noch nicht abschätzbar, da die hohe Nachfrage die Preise massiv steigen lässt. Aber bereits bei den laufenden Kosten steht fest: eine Unterbringung in Wohnungen würde die Ausgaben um die Hälfte verringern. Doch darum geht es dem Senat nicht, er bevorzugt lieber die Aufrechterhaltung eines Abschreckungssystems, um Geflüchteten keine „Anreize“ zu bieten.

KATASTROPHALE ZUSTÄNDE FÜR KINDER

Unter den 47.000 Menschen, die auf engstem Raum leben müssen, sind viele Familien. Insbesondere für Kinder ist die lange, gefährliche Flucht ein einschneidendes und teils traumatisierendes Erlebnis. Kinder gelten in allen Gesellschaften als besonders schutzbedürftig, nur gilt das nicht in Massenunterkünften. Es gibt keine Standards und Kinderschutz ist vom Interesse der Betreiber*innen und dem Engagement von Ehrenamtlichen abhängig. Die Kinderschutzbeauftragte der Betreiberin in den Tempelhof-Hangars findet hierzu klare Worte: „Die Unterbringung in einer Notunterkunft ist eine Kindeswohlgefährdung an sich.“ Auch der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauch mahnt seit Monaten bundesweite Mindeststandards an. Doch die Warnungen von Beauftragten und Verbänden prallen an den politischen Verantwortlichen ab, Abschreckung gilt mehr als Menschenleben.

Diese Politik muss aufhören. Der Senat muss vorausschauend handeln. Turnhallen, Container und Massenunterkünfte sind keine Lösung. Das Recht der Geflüchteten auf Versorgung und Privatsphäre gilt es zu schützen. Dazu braucht es nicht nur ein Umdenken in der Asylpolitik, sondern auch eine Wohnungspolitik, die es allen Menschen ermöglicht, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden.

ZIRKUS BRINGT ZUSAMMEN

Cabuwazi macht Projekte für alle Kinder und Jugendlichen im Kosmosviertel. Wir haben mit Dominique und Alexandra vom Zirkus gesprochen.

Im Chaotisch-bunten Wanderzirkus (Cabuwazi) kommen seit 22 Jahren Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 18 Jahren aus Altglienicke zusammen, um Zirkus zu machen. Bereits seit dem vergangenen Jahr arbeitet Cabuwazi neben Schulen auch mit der Geflüchtetenunterkunft im Schwalbenweg zusammen. Vier- bis sechsmal im Jahr halten sie ein Kinder- und Jugendplenum ab. Beim letzten Plenum ging es um Geflüchtete. Cabuwazi wird mit den Kindern und Jugendlichen des neuen Tempohomes Projekte machen und sie auf ihren Zirkusplatz einladen.

IN ALTGLIENICKE WIRD EIN TEMP OHOME ERÖFFNET. WIE ERLEBT IHR DIE STIMMUNG RUND UM DEN „BAHNWEG“?

A: Nervosität, Spannung, Unwissenheit. Viele Vorurteile, die sehr stark durch die Medien geprägt sind. Die Angst vor dem Unbekannten, ...

D: ... die auch in einigen Fällen in krasse Ablehnung umschlägt. Wir merken das über Kommentare, Gespräche bis hin zu menschenverachtenden Aussagen. Bei den Kindern sind das viele leere Floskeln, die sie aufschnappen und wiederholen, ohne es selber zu interpretieren. Wenn man jedoch mit ihnen richtig ins Gespräch kommt, dann haben sie echt gute andere Meinungen. Sie wachsen in einem Umfeld auf, in dem es eine prägende Meinung gibt.

A: Man hört oft die Eltern raus. Die Kinder quasseln schnell nach, was sie von ihren Vorbildern hören.

SEIT ANFANG MAI PROTESTIEREN „BESORGTGE“ BÜRGER*INNEN GEGEN DIE ERRICHTUNG DES TEMP OHOMES. IHR HABT SOFORT EURE UNTERSTÜTZUNG MIT DEN KÜNFTIGEN BEWOHNER*INNEN GEZEIGT. WARUM?

A: Wir machen Zirkus für alle – egal, wo man herkommt, welchen Hintergrund man hat. Zirkus ist für alle! Wir wollen in keinen Kategorien denken: ‚Wir machen jetzt Zirkus mit Geflüchteten oder mit Kindern vom Kosmosviertel.‘ Ziel ist es, ein integratives Zirkusprojekt zu haben mit geflüchteten Kindern, Kindern vom Kosmosviertel und aus der Einfamilien­siedlung. Klar machen wir anfangs erst Sprachprojekte nur mit Geflüchteten. Wenn ein Projekt vorbei ist, können alle zum offenen Angebot kommen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass nach anfänglicher Schüchternheit der Kinder schnell Freundschaften geschlossen werden.

D: Es ist wichtig, dass wir sensibel für verschiedene Bedürfnisse sind und dass spezielle Angebote gebraucht werden. Man kann nicht einfach alle Kin-



Im Zirkus Cabuwazi gibt es einiges zu entdecken – für Groß und Klein aus aller Welt.

der einladen und zusammen trainieren. Wir bereiten uns auf die neue Situation vor und beziehen auch die Kinder damit ein. Wir gehen mit den Kindern im Jugendplenum zu dem Thema ins Gespräch. Es ist eine neue Situation für alle und da müssen wir gute Vorarbeit leisten, damit es schön für alle wird, damit alle ihren Platz finden können.

WIE WERDET IHR DIE KINDER UND JUGENDLICHEN DES TEMP OHOMES ANSPRECHEN? WELCHE ANGEBOTE WERDET IHR SCHAFFEN?

D: Beim letzten Jugendplenum kam heraus, dass die Kinder und Jugendlichen für die Kinder des Tempohomes Essen organisieren möchten oder ein Fest. Wenn die Kinder in direkten Kontakt kommen, können bestehende Vorurteile auch einfach zerfallen. Wenn Mensch plötzlich Mensch wird; nicht mehr in der Schublade ist ... wo Menschen sich fremd sind, können schnell Vorurteile gegenüber den „Anderen“ entstehen.

A: Wir werden sie auf unseren Platz einladen und sie auch auf ihrem besuchen. Beziehungsarbeit ist das Wichtigste: als erstes kennenlernen und für sie Ansprechpartner*innen sein. Mitte August wird es eine Ferienschule geben. Das Tempohome sieht nicht nach einem Ort zum Wohlfühlen aus. Cabuwazi ist eine Oase, die für alle offen ist. Der Platz lebt von den Kindern.

WIE GELINGT ES EUCH, DIE BISHERIGEN ANWOHNER*INNEN MIT INS BOOT ZU HOLEN UND GEMEINSAME ANGEBOTE ZU SCHAFFEN?

A: Es gelingt uns im Mobilen Team durch die aufsuchende Arbeit im Kosmosviertel oder in den Notunter-

künften. Neben unseren offenen Angeboten, die täglich und kostenfrei sind, kooperieren wir mit den Schulen, dort gibt es z.B. die Zirkuswoche. Und in den Ferien bieten wir auch Ferienzirkusse an. Die Mobile Arbeit ist ein niedrigschwelliges und sehr freies Angebot. Wir sind dort, die Kinder können mitmachen, sie können auch gehen, wann immer sie wollen.

WIE GEHT IHR MIT EVENTUELLER KRITIK AN EUREM ENGAGEMENT UM?

A: Direkte Kritik an unserer Arbeit habe ich so noch nicht gehört. Wir kommen mit Eltern in Kontakt, wenn wir Mobile Arbeit machen oder hier Elternabende haben. Anfang Juli hatten wir einen Familiensonntag, zu dem wir die Eltern und Kinder eingeladen haben, mit uns den Platz zu gestalten.

D: Anfangs gab es Kommentare von Kindern, die gesagt haben: ‚Oh, wenn die hier einziehen, darf ich nicht mehr zum Training kommen.‘ Das hat sich dann gelegt.

A: Es war dann eher so, dass die Eltern Bedenken hatten. Dann gab es Elternabende, bei denen wir darüber gesprochen haben. Wir hoffen, dass wir die größten Bedenken beiseiteschaffen konnten oder zumindest gezeigt haben, dass wir für den direkten Dialog zwischen den Eltern und uns sind.

WELCHE VERBÜNDETEN FÜR EUER ENGAGEMENT HABT IHR BEREITS ODER WÜNSCHT IHR EUCH NOCH?

A: Wir haben Waslala nebenan, das ist der Kinder- und Abenteuer-Spielplatz. Dann gibt es Outreach, Gangway und Fairness. Wir tauschen uns aus. Wir

haben einen Runden Tisch. Wir haben einen sonntäglichen Arbeitstag mit dem Ziel, dass sich verschiedene Leute im Kiez austauschen. Das ist neu und läuft gerade an und natürlich wünschen wir uns noch mehr Teilnahme!

WAS WÜNSCHT IHR EUCH FÜR DEN „BAHNWEG“?

A: Unseren neuen Nachbar*innen soll es gut gehen. Tempohome, da sagt schon der Name, dass es nur temporär ist. Dass es für die Zeitspanne, in der sie hier sein werden, eine gute Zeit wird, in der sie viele Freundschaften schließen können, in der sie sich wohlfühlen im Kiez. Wir freuen uns auf all das, was sie mitbringen.

WAS KANN ZIRKUS ERREICHEN, WAS ANDERE AKTIONSFORMEN UND AKTIVITÄTEN NICHT KÖNNEN?

A: Zirkus macht Spaß. Man kann es non-verbal machen. Es ist farbenfroh. Es ist für alle: angefangen von der super Sportlichen über den Musiker hin zum Bühnenbildner. Man kriegt schnell Erfolgserlebnisse. Man kriegt eine kleine Familie. Man hilft einander. Zirkus funktioniert nur, wenn man miteinander arbeitet.

WELCHE NACHRICHT MÖCHTET IHR DEN ALTGLIENICKER*INNEN MITGEBEN?

A: Kommt vorbei, lernt uns kennen, bringt euch ein, seid Teil von der Familie und dem Spaß. Lernt die neuen Leute, unsere neuen Nachbar*innen kennen. Seid offen für die Geschenke, die sie mitbringen. Wir fänden es schade, wenn die Altglienicker*innen nicht mehr kämen, weil wir mit dem Tempohome zusammenarbeiten. Wir wollen ein Begegnungsort sein.

Mehr Informationen

Mehr zum Cabuwazi in Altglienicke:

www.cabuwazi.de/Standorte/Altglienicke.php

Mehr zu Waslala:

www.aspwaslala.de

Mehr zu Fairness – Kinder- und Jugendeinrichtung:

www.fippev.de/t3/index.php?id=669

Mehr zum Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin:

www.gangway.de

Erneute Asylrechtsverschärfung in Deutschland

Nachdem im November 2015 das Asylpaket beschlossen wurde, folgte im Februar 2016 im Hauruck-Verfahren das Asylpaket II.

Am 25.02.2016 beschloss der Bundestag nach nur einer Woche Beratung die neuen Verschärfungen, trotz vehementer Kritik aus einem breiten Spektrum der Zivilgesellschaft und linken Bewegungen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strasser, trat unmittelbar nach dem Beschluss aus Protest gegen das Asylpaket II zurück. In dem Gesetzespaket ist keine einzige Maßnahme enthalten, die den Schutz von Geflüchteten verbessern soll. Stattdessen wird mit einer Maßnahme nach der anderen das ohnehin schon eingeschränkte Asylrecht in Deutschland noch weiter verschärft.

BESCHLEUNIGTE ASYLVERFAHREN KÖNNEN NICHT FAIR UND GRÜNDLICH ERFOLGEN

Geflüchtete aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“, alle Geflüchteten, die Folgeanträge stellen, und alle, die keine Identitätsdokumente besitzen, unterliegen dem sogenannten „beschleunigten Asylverfahren“. In diesem Verfahren soll innerhalb einer Woche über den

Asylantrag entschieden werden – in dieser kurzen Zeit kann niemals eine gründliche, individuelle Überprüfung stattfinden! Während der Zeit der Verfahren sollen die Geflüchteten in sogenannten „besonderen Aufnahmезentren“ leben, in denen das beschleunigte Verfahren stattfindet.

Mit dieser Maßnahme wird das eilige Schleusen durch den Asylantrag und letztendlich die massenhafte Abschiebung von Menschen, welche die lebensgefährliche Reise nach Deutschland angetreten haben und Schutz suchen, bezweckt. Diese Regelungen werden noch mehr zur Farce, wenn bedacht wird, dass seit der letzten Asylrechtsverschärfung der Kosovo als sogenanntes „sicheres Herkunftsland“ gilt – ein Land, in dem bis heute noch Soldat*innen stationiert sind.

Im Juli 2015 verstrich die Frist für die von der EU beschlossenen Asylverfahren- und Aufnahme Richtlinien, die wichtige Verbesserungen der Rechtsposition von Geflüchteten, insbesondere für besonders schutzbedürftige Gruppen, wie Traumatisierte, enthalten.

Im Kontext dieser beschleunigten Asylverfahren ist die Umsetzung der Richtlinien unmöglich, was gegen ihre Umsetzungspflicht verstößt. Die zuständige EU-Kommission hat bereits Klage eingereicht.

Das neue Verfahren enthält außerdem die Möglichkeit des kompletten Ausschlusses aus dem Asylverfahren aufgrund von Verstößen gegen die Residenzpflicht – eine Pflicht, die zu Recht schon lange als menschenrechtswidrig kritisiert wird.

FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG AUF ZWEI JAHRE AUSGESETZT

Besonders hart trifft das neue Asylpaket minderjährige unbegleitete Geflüchtete. Ihr Recht auf Familienzusammenführung wurde auf zwei Jahre ausgesetzt.

In der Konsequenz werden noch mehr Familien und Kinder dazu gezwungen, die lebensgefährlichen Fluchtrouten nach Europa anzutreten. Die Fahrt über das Mittelmeer kostete bereits seit Anfang 2016 über 3.000 Geflüchteten ihr Leben, darunter auch viele Kinder. Im Vergleich dazu wird im Jahr 2015 von 3.771 Toten ausgegangen.

Mit der Aussetzung des Familiennachzuges fördert die Bundesregierung den enormen Anstieg von Toten.

ABSCHIEBUNGEN VON KRANKEN GEFLÜCHTETEN

Genauso gefährlich sind die Abschiebungsregeln, die das Asylpaket II enthält. So stellen nur noch lebensbedrohliche Krankheiten ein Abschiebehindernis dar. Begründet wird dies durch sogenannte „inländische Gesundheitsalternativen“. Dies lässt die Realität in den Herkunftsstaaten völlig außer Acht. In vielen Ländern, aus denen Menschen fliehen, ist es kaum möglich, die oft nur unzureichende medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Zugleich werden psychologische Gutachten nicht mehr anerkannt und somit Menschen, die zum Beispiel an Posttraumatischer Belastungsstörung leiden, nicht mehr vor der Abschiebung geschützt.

All diese Beispiele zeigen die Härte und Absurdität des ganzen Asylpaket II sehr gut. Es bleibt nur, umso deutlicher darauf hinzuweisen: Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht!

Bürgerinitiative ohne NPD – und dennoch gefährlich

In Altglienicke demonstrieren ganz normale Leute. Sogar die CDU ist mit dabei. Das macht es nicht weniger gefährlich.

Irgendwie ist es immer das Gleiche: Kaum wird bekannt, dass irgendwo eine neue Unterkunft für Geflüchtete entstehen soll, formiert sich sofort Protest. Bürgerinitiativenversuchen mit Demos und Kundgebungen den Bau einer Unterkunft oder den Einzug in bestehende Gebäude zu verhindern. Was wie ein harmloser Protest „besorgter Bürger“ aussehen soll, ist dabei sehr oft eine gefährliche Stimmungsmache gegen Geflüchtete.

Altglienicke ist dabei keine Ausnahme. Seit dem 9. Mai 2016 findet montags in einem Abstand von zwei Wochen eine Kundgebung gegen das vom Berliner Senat geplante Tempohome am Bahnweg statt.

Eine Abgrenzung gegenüber Neonazis fand zu Beginn überhaupt nicht statt und wird mittlerweile nur halbherzig betrieben. Bei den ersten Kundgebungen nahmen der NPD-Vorsitzen-

de des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf, Andreas Käfer, sowie viele weitere bekannte Gesichter aus der rechten Szene teil. Käfer prahlte auf Twitter und Facebook mit seiner Anwesenheit, viele Medienvertreter*innen berichteten darüber. Die Organisator*innen des Bürgerprotestes sagten dennoch, sie hätten die Rechten nicht bemerkt und könnten auch keine Gesinnungskontrolle durchführen. Wenn sich Neonazis auf einer Kundgebung jedoch mehr als wohlfühlen, ihre Teilnahme geleugnet wird und mit vorgetragenen Argumenten sogar noch Nährboden für rassistisches Gedankengut bereitet wird, dann macht man sich mit rechten Hetzern gemein.

Auf der Kundgebung wird vor zunehmender Gewalt gewarnt, Obergrenzen für Asylsuchende gefordert und eine Islamisierung Deutschlands beklagt. Vor dem Einzug der Geflüchteten wird Angst

erzeugt und ein Untergangsszenario aufgebaut. Die Redebeiträge sind dadurch für Neonazis und Alltagsrassist*innen überaus anschlussfähig.

Neben Geflüchteten sind Journalist*innen ein weiteres Feindbild. Wenn über die Kundgebungen berichtet wurde, werden die Artikel teilweise ins Gegenteil verkehrt oder die Autor*innen gar persönlich beleidigt. Wird nicht berichtet, kommt der Vorwurf des Totschweigens der Proteste. Die Bürgerinitiative denkt, sie allein vertrete die Ansichten des „Volkes“ und jede Kritik sei ein Verrat am Willen eben dieses Volkes. Dabei gibt es auch in Altglienicke Menschen, die nichts gegen den Zuzug der Geflüchteten haben und die nicht von Hass und Angst gesteuert sind.

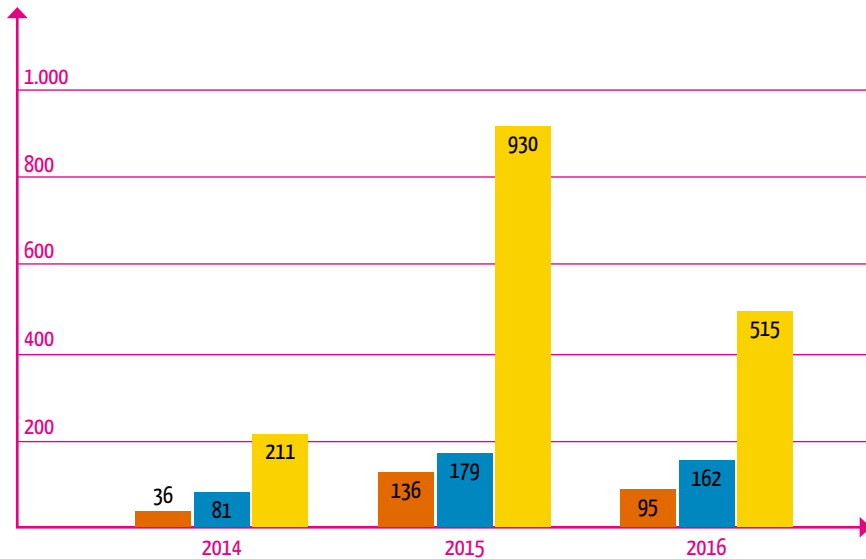
Besonders brisant ist der Altglienicker Protest durch die Beteiligung der CDU. Die Bezirksvorsitzende der CDU

und Berliner Abgeordnete Katrin Vogel hat mit einer Ausnahme bislang immer auf den Kundgebungen geredet. Auch sie stimmte in die gefährliche Stimmungsmache ein und kritisierte eine angebliche Überfüllung Altglienickes mit Geflüchteten.

Leittragende dieser Stimmungsmache und Hetze sind am Ende die Geflüchteten, wenn sie im August nach Altglienicke ziehen. Sie müssen mit dem geschürten Hass ihrer neuen Nachbar*innen leben. Auch wenn die Altglienicker Bürgerinitiative anders als andere Initiativen in Berlin nicht von NPD-Leuten durchgesetzt ist – die Folgen für die betroffenen Menschen können genauso dramatisch sein. Denn an einem freundlichen und solidarischen Zusammenleben mit allen Nachbarn scheinen einige Altglienicker*innen nicht interessiert zu sein.

Rassistische Brandanschläge in Deutschland

Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und deren Bewohner*innen häufen sich dramatisch.



Beunruhigende Statistik: Verteilung der Angriffe laut einer Erhebung der Amadeu-Antonio-Stiftung (Stand: 22.08.2016).

- Angriffe mit Gegenständen auf Unterkünfte
- tätliche Angriffe auf Geflüchtete
- Angriffe mit Gegenständen auf Unterkünfte

Viele Menschen befürchten eine Rückkehr der rassistischen Gewalt der 90er Jahre. Damals wurden in Hoya, Solingen, Mölln und in weiteren deutschen Städten Geflüchteten-Unterkünfte von Neonazis angegriffen, während Bürger*innen applaudierten oder mitmachten. Flankiert wurde diese Gewalt von einer rassistischen Debatte, in deren Folge der Bundestag 1993 durch massive Einschränkungen die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl beschloss. Leider lassen sich erschreckende Parallelen zu damals ziehen. Die größte Änderung und Beschränkung des Asylrechts wurde Anfang des Jahres durchgesetzt, aber die massive Gewalt gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte und deren Unterstützer*innen nimmt nicht ab. Die Amadeu-Antonio-Stiftung führt eine Chronik zu rassistischer Gewalt und Provokationen gegen Geflüchtete. In diesem Jahr gab es bundesweit bereits 772 Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte, davon 95 Brandanschläge. Bei allen Angriffen zeigt sich die erschreckende Tendenz, dass auch in diesem Jahr die Zahlen einen neuen Höchstwert erhalten werden (Stand 22.08.2016, siehe Grafik). Die folgenden Berichte sind Auszüge aus der genannten Chronik und verdeutlichen das Ausmaß der Gewalt:

08.08.2016, BERLIN-ADLERSHOF:

Unbekannte haben eine Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Adlershof angegriffen. Wie die Polizei mitteilte, warfen sie an der Einrichtung in der Radickestraße einen pyrotechnischen Gegenstand durch ein offenes Fenster. Die alarmierten Beamten hätten in einem Raum in der ersten Etage Beschädigungen des Teppichbodens festgestellt. Ein 17-jähriger Bewohner, der sich

in dem Zimmer aufgehalten und laut Musik gehört habe, wurde laut Polizei nicht verletzt. Quelle: Tagesspiegel

14.06.2016, DESSAU

Zwei polizeibekanntes deutsche Jugendliche im Alter von 15 und 17 Jahren haben zwei aus Syrien geflüchtete Jugendliche am Nachmittag rassistisch beleidigt und mit Holzlaten attackiert. Einer der beiden Angegriffenen erlitt Verletzungen an der Hand, am Bauch und am Rücken. Quelle: Mitteldeutsche Zeitung

11.06.2016, KÖLN

Unbekannte haben ein Pfarrhaus in Brand gesetzt, in dem zur Zeit eine aus dem Irak geflüchtete Familie lebt. Die Familie war zum Tatzeitpunkt nicht zu Hause, so dass niemand verletzt wurde. Quelle: Zeit online

17.04.2016, BERLIN-KÖPENICK:

Eine Gruppe junger Geflüchteter und nicht-Geflüchteter wurde von Rassist*innen an der Straßenbahnhaltestelle Bahnhofstraße Ecke Lindenstraße beleidigt, bedroht und angegriffen. Auf einen 15-Jährigen wurde durch die Rassist*innen weiter eingeschlagen als er schon am Boden lag. Die Rassist*innen waren durch ihre Kleidung klar als Union-Fans zu identifizieren. Quelle: AG Flucht und Menschenrechte

23.03.2016, BERLIN-MARZAHN:

In Berlin Marzahn hat ein unbekannter Mann zunächst zwei Geflüchtete mit einer Schusswaffe bedroht. Die beiden liefen daraufhin zu ihrer Unterkunft zurück und ließen durch den Sicherheitsdienst die Polizei alarmieren. Noch bevor die Polizei eintraf, bedrohte der Mann einen dritten Bewohner der Unterkunft. Quelle: Tagesspiegel

Was tun bei Übergriffen auf Andere?

1) Vorbereitet sein

Überlegen Sie sich eine Situation, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen, was sie von anderen erwarten und was Sie tun würden.

2) Ruhig bleiben

3) Genau beobachten

Die Angreifenden haben Angst wiedererkannt zu werden. Deshalb kann bereits das bloße Beobachten einer Situation für diese abschreckend sein. Merken Sie sich das Gesicht und die Kleidung der Angreifenden und ggf. die Fluchtrichtung.

4) Sofort reagieren

Reagieren Sie immer sofort, erwarten Sie nicht, dass jemand anderes hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

5) Aufmerksamkeit erzeugen

Gehen Sie auf andere umstehende Personen zu und fordern Sie diese auf, Ihnen zu helfen. Sprechen Sie umstehende Personen direkt und persönlich an: „Sie im grünen Pullover, können Sie bitte das Zugpersonal rufen?“

6) Hilfe holen

In Verkehrsmitteln sagen Sie der Zugbegleitung bescheid oder ziehen Sie die Notbremse. Auf der Straße: Schreien Sie laut!

7) Zur angegriffenen Person halten

Nehmen Sie Blickkontakt mit der betroffenen Person auf. Das vermindert Angst. Sprechen Sie die Person direkt an: „Ich helfe Ihnen!“

8) Keine Gewalt anwenden

Keine Heldentaten und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein, diese führen häufig zur Eskalation. Fassen Sie die Angreifenden niemals an, sie können dann schnell aggressiv werden.

9) Angreifer*innen nicht provozieren

Duzen Sie die Angreifenden nicht, damit andere nicht denken, Sie würden sich kennen. Blicken Sie den Angreifenden fest ins Gesicht, aber nicht provozierend. Damit machen Sie klar, dass Sie sie später wieder erkennen können. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifenden, nicht aber ihre Person.

10) Sich um den/die Betroffene-n kümmern

Kümmern Sie sich um die betroffene Person, während Sie auf die Polizei warten. Leisten Sie Erste Hilfe oder seelischen Beistand. Stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung. Melden Sie den Vorfall Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie ReachOut in Berlin. ReachOut Berlin bietet Betroffenen und Zeugen rechter Gewalt Beratung und Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym und setzt keine Anzeigenerstattung bei der Polizei voraus. Die Beratung vor Ort orientiert sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und helfen bei Bedarf weiter oder vermitteln an geeignete Stellen. www.reachoutberlin.de

Aktiv werden – so geht's

Sie wollen helfen, eine positive Willkommenskultur in Altglienicke zu schaffen? Los geht's!

ALTGLIENICKE HILFT?!

An bald drei Standorten leben geflüchtete Menschen in unserem Ortsteil. Im Zeichen der sich wiederholenden Montagsdemos, ist es an der Zeit zu zeigen, dass Altglienicke mehr ist.

Es liegt leider nicht in unserer Hand, die Unterbringungspolitik der Stadt Berlin kurzfristig zu ändern. Es liegt aber in unserer Hand, den geflüchteten Menschen zu helfen und sie willkommen zu heißen. Deswegen wollen wir uns hier und jetzt für eine solidarische Willkommenskultur im Altglienicke einsetzen. Wir möchten Begegnungen und Austausch fördern, an Prozessen mitwirken und Unterstützung leisten. Dabei verlieren wir nicht die Interessen der Nachbar*innen und deren Bedürfnisse aus dem Blick. Gerade sie möchten wir einladen, mitzumachen und ein gestaltender Teil von Altglienicke zu sein.

Wir wissen, dass es Nachbar*innen gibt, die gegen den Standort am Molchweg, aber im Grunde solidarisch mit Flüchtlingen sind. Wir glauben fest daran, dass ein solidarisches Miteinander möglich ist und möchten Sie fernab des lauten Protests über unser Engagement und die Entwicklung vor Ort informieren. Wir wohnen hier und wollen gemeinsam mit vielen anderen aktiv wer-

Skateboards helfen



Die bezaubernde Kurzdoku „We say hello with skateboarding“ zeigt, wie einfach es ist mit einer solidarischen Geste Menschen glücklich zu machen.

<https://youtu.be/L7tpwGHqVY>

den. Also schließen Sie sich uns an und engagieren Sie sich!

altglienicke.hilft@gmail.com

QUARTIERSMANAGEMENT KOSMOSVIERTEL

Das Quartiersmanagement Kosmosviertel gibt es seit April 2016. Es „arbeitet darauf hin, dass Bewohner*innen und Einrichtungen vor Ort gemeinsam Verantwortung für ihr Gebiet übernehmen“. Engagierte Bürger*innen können

Projektanträge für ein nachbarschaftliches Miteinander beim Quartiersmanagement einreichen. Angenommene Projektvorschläge werden mit bis zu 1.500 Euro gefördert.

www.kosmosviertel.de

KUB SPRACH-TANDEM

Der Verein KuB möchte Geflüchtete und Anwohner*innen über ein Sprach-Tandem zusammen bringen. Meist trifft man sich dann in einem Café oder Park und redet zum Teil Deutsch und zum Teil in der Sprache des Geflüchteten. So kann man Sprachkenntnisse ausbauen, neue nette Menschen kennen lernen und helfen.

www.kub-berlin.org/sprach-tandem

OUTREACHCLUB 24

Das Motto des Club 24 lautet „Alle sind Willkommen“ und dies wird auch aktiv gelebt. So war der Club Mitveranstalter eines Kiezfestes, an dem Menschen aus verschiedenen Unterkünften teilnahmen und die Initiative Refugee Streetfood für leckeres Essen sorgte. Die Angebotspalette der Mobilen Jugendarbeit von Outreach orientiert sich an den Bedürfnissen und Ideen der Jugendlichen.

www.outreach-treptow-koepenick.de
www.facebook.com/refugeestreetfood

UFFMUCKEN

Uffmucken entstand 2012, um durch eine bunte und lebendige (Gegen-) Kultur dem braunen Treiben und alltäglichen Rassismus auf der Straße ein Ende zu bereiten. Uffmucken will verändern, Hier und Jetzt. Unser Ziel ist ein schönes Leben für Alle. Mach mit!

www.uffmucken-schoeneweide.de
info@uffmucken-schoeneweide.de

ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE TREP-TOW-KÖPENICK

Das bezirkliche Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) unterstützt zivilgesellschaftliche Akteur*innen in ihrem Engagement. Es berät, begleitet und arbeitet auf vielfältige Weise mit Gruppen, Projekten, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich im Bezirk für Demokratie und Pluralität einsetzen.

www.zentrum-fuer-demokratie.de
zentrum@offensiv91.de

INITIATIVFONDS

Um engagierte Initiativen und Gruppen zu unterstützen, gibt es für ehrenamtliche Aktionen die niedrighschwellige Möglichkeit, sich auf bis zu 500 Euro aus dem Initiativfonds der Partnerschaften für Demokratie zu bewerben.

koordinierung-in-tk.de

Für eine solidarische Sorge – ohne Rassismus

Existenzielle Sorgen treiben zahlreiche Menschen an, ihre Heimat zu verlassen. Zugleich haben in den letzten Wochen „besorgte Bürger*innen“ aus Altglienicke in regelmäßigen Abständen gegen die Entstehung des Tempohomes in ihrer Nachbarschaft demonstriert.

Seit Monaten formiert sich vor zahlreichen Unterkünften für Geflüchtete in Deutschland ein in großen Teilen rassistischer, in jedem Fall aber sozialchauvinistischer Mob und skandiert einen angeblichen Notstand, verursacht durch das sogenannte „Flüchtlingsproblem“. Doch einen Notstand gibt es nicht. In einem reichen Land wie Deutschland ist menschenwürdige Hilfe und Unterstützung für Alle in Sorge und Not – egal ob hier geboren oder neu dazu gezogen – ein erreichbares Ziel. Das Problem sind nicht die geflüchteten Menschen. Schlechte Unterbringung und Perspektivlosigkeit sind das Problem. Sie sind die Folge von verwaltungsrechtlicher Unfähigkeit oder politischem Unwillen, die Situation in den Griff zu bekommen.

Außerdem ist Rassismus ein großes Problem – auch in Altglienicke. Wie tief verankert rassistisches Gedan-

kengut ist, lässt sich nicht nur an der erschreckenden Häufigkeit rassistisch motivierter Gewalttaten ablesen, sondern auch an der hohen Anzahl von Initiativen sogenannter „besorgter Bürger*innen“. Denn es stellt sich die Frage: Würden ähnliche Kundgebungen statt finden, wenn auf den Freiflächen ein Wohnblock oder ein Einkaufszentrum gebaut werden würde? Vermutlich nicht. Künstlich gezogene Spaltungslinien zwischen Menschen, z.B. anhand von Herkunft, stellen das „Fremde“ erst her und resultieren in Ausgrenzung und Ungleichbehandlung.

Nicht nur geflüchtete Menschen suchen Schutz und Sicherheit. Alle Menschen – egal welcher Herkunft oder welcher Hautfarbe oder welchen Geschlechts – suchen nach einem Ort zum Leben, der ihnen Zukunft verspricht. Wir können solche Orte, an denen alle

Menschen ein gutes Leben führen können, nur gemeinsam gestalten. Dazu ist es notwendig, dass wir die Probleme erkennen, wir gemeinsam füreinander sorgen und wissen, wie und wo Diskriminierung und Ausgrenzung funktionieren. Die Beurteilungen von Menschen anhand irgendwelcher Merkmale und die damit häufig verbundenen Erwartungen an ihr zukünftiges Verhalten haben sich derart verselbstständigt, dass die Meisten es gar nicht mehr merken, wenn sie Stereotype und Vorurteile reproduzieren. Das Wiederkäuen dieser immer gleichen Vorurteile und unergründbaren Ängste haben jedoch häufig den Effekt, dass von anderen gesellschaftlichen Widersprüchen und Problemen abgelenkt wird.

Warum entspringt aus der „Sorge“ alteingesessener Altglienicker*innen um gute Lebensbedingungen nicht eine So-

lidarisierungs-Kundgebung mit der Sorge um gute Lebensbedingungen für alle Menschen im Kiez? Eine Kundgebung, in welcher gemeinsam – zusammen mit alten und neuen Anwohner*innen – für ausreichend Kita- und Schulplätze, Spielplätze und menschenwürdigen Wohnraum gekämpft wird? Empathie für diejenigen, die angeblich so anders sind, kann helfen, die Realität mit anderen Augen zusehen. „Refugees Welcome!“ darf keine Leerformel sein, sondern muss solidarisch gelebt werden. Es heißt Verantwortung zu übernehmen und Menschen zu unterstützen, wo Unterstützung gewollt ist. Es bedeutet ein Ankommen zu ermöglichen, welches ohne Ausgrenzung oder Begriffe wie ‚Integration‘ und ‚Anpassung‘ auskommt, sondern auf ein solidarisches und bedürfnisorientiertes Miteinander aller Menschen in diesem Viertel abzielt.

Beratungsstellen gegen Rassismus

REACHOUT

Beratung für Opfer rassistischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

KUB KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLE

Beratung für Flüchtlinge und Migrant*innen zu sozial-, aufenthaltsrechtlichen und existenziellen Fragen. www.kub-berlin.org

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen
www.fluechtlingsrat-berlin.de

MBR

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin
www.mbr-berlin.de